

harten Kampf vorbereitet, hoffe aber mit Unterstützung der Majorität der Nation aus demselben siegreich hervorzugehen.

5. Januar. (Prag.) In der Sitzung des Landtags kommt eine Zuschrift des Statthalters zur Verlesung, welche den vorjährigen Beschluß des Landtags in der Sprachenfrage beantwortet. Auf die veröffentlichten Sprachenverordnungen hinweisend, erklärt die Zuschrift, die Regierung sei noch nicht in der Lage, dem Landtag darauf bezügliche Vorlagen zu unterbreiten, werde jedoch nicht unterlassen, insofern die Durchführung der Beschlüsse der Wiener Ausgleichskonferenz zur Aenderung der Gerichtsorganisation in Böhmen führe, das Gutachten des Landtags betreffs der Grundzüge der Gerichtsorganisation eingeholen. Betreffs der Revision der Sprachenverordnung vom Jahre 1880 wolle die Regierung eine solche Revision im Sinne der Wiener Konferenzbeschlüsse, an denen die Regierung in allen Punkten festhalte, erst nach der Durchführung der Aenderungen in den Gerichtsprengeln in Erwägung ziehen. Bei dieser Revision und den Aenderungen der Gerichtsorganisation werde die Regierung die Wünsche des Landtags auf das eingehendste würdigen, unter Wahrung der Einheit des Landes, der Gleichberechtigung beider Volksstämme, der berechtigten Interessen der Rechtsuchenden und der Anforderungen des Dienstes.

10. Januar. (Pest.) Die Betriebsergebnisse der ungarischen Staatsbahnen für 1890 sind sehr günstige. Die effektiven Reineinnahmen der Staatskasse betragen 3,597,863 fl. mehr, als veranschlagt war, und 3,016,580 fl. mehr als im Jahre 1889.

20. Januar. (Wien.) Erzherzog Franz Ferdinand tritt eine Reise nach St. Petersburg an.

20. Januar. (Prag: Landtag.) Die Vorlage über den Landeskulturrat wird in der dritten Lesung mit 163 gegen 53 Stimmen angenommen.

21. Januar. (Prag.) 39 Abgeordnete geben im böhmischen Landtage eine Erklärung ab.

Sie knüpft an den Beschluß der altschlesischen Abgeordneten vom 26. Januar 1890, worin diese, geleitet von friedlichen Intentionen, den ihnen vorgelegten Wiener Ausgleichspunktionen beigetreten sind. Sodann beweist die Erklärung darauf, daß zur Verwirklichung des wahren Friedens im Lande der czechischen Nationalität ebenfalls das gleiche Recht werden müsse, wie dem Deutschen. Es seien jedoch Thatfachen vorgekommen, welche darauf schließen lassen, daß seitens der Regierung wie auch der Deutschen den Czechen in einer nicht friedlichen Weise begegnet wird. Daß die Deutschen die Intentionen der Czechen nicht teilen, beweise der Umstand, daß sie ihre Mitwirkung an der Landesausstellung versagt haben, obgleich dieselbe